

Die Waffenstillstandserklärung der ETA

Anfang vom Ende der letzten Terroristengruppe Westeuropas?

Günther Maihold

»Die Überwindung des Konfliktes ist heute und jetzt möglich. Das ist der Wunsch und der Wille der ETA«. Mit diesen Worten schließt die Erklärung, mit der die baskische Terrororganisation ETA am 22. März 2006 nach 38 Jahren des Kampfes einseitig einen »permanenten Waffenstillstand« verkündete. Er gilt seit dem 24. März und könnte das Tor zu Verhandlungen aufstoßen, die einen weiteren Schritt auf dem Weg in eine friedliche Zukunft bedeuten würden, nachdem der Kampf der ETA schon seit fast drei Jahren keine Todesopfer mehr gefordert hat. Nach der Demobilisierung der IRA in Nordirland würde damit auch in Spanien ein Konflikt zu Ende gehen, der das Land im Innern polarisierte und in der Außenpolitik massiv behinderte. Der Verzicht auf Gewalt würde die letzte terroristische Gruppe Westeuropas in einen zivilen Prozess einbinden, der sicherlich mit der Gewährung von Autonomierechten für das Baskenland verbunden sein wird.

Kurzfristig indes werden kaum Resultate zu erzielen sein. Ministerpräsident Zapatero hat unmittelbar nach der Ankündigung der ETA deutlich gemacht, dass Spanien ein schwieriger, langwieriger und mit vielen Rückschlägen befrachteter Prozess bevorsteht. Die Reaktionen auf die Erklärung reichen von Begeisterung bis zu skeptischer Vorsicht. Schließlich ist es nicht das erste Mal, dass die ETA eine Waffenruhe verkündet. Insgesamt hat sie bereits zehn solcher Waffenstillstandserklärungen abgegeben, ohne dass es zu einer friedlichen Lösung des Konflikts gekommen wäre. Zuletzt hatte die ETA im Jahre 1998 nach 16 Monaten Gewaltverzicht den bewaffneten Kampf wieder aufgenommen worden, weil sie sich

von den baskischen Parteien hintergangen fühlte. Die Waffenruhe hatte sie damals zudem zu einer ideologischen und logistischen Erneuerung genutzt, um ihre Aktionsfähigkeit wiederherzustellen. Die Befürchtung der Regierung und der Opposition ist daher groß, die Terroristengruppe könnte die nun folgende Zeit erneut zu einem politischen und militärischen Neuaufbau verwenden. Insofern überrascht die Erklärung des spanischen Ministerpräsidenten nicht, dass die polizeiliche Verfolgung der ETA-Mitglieder weitergehen werde. Hierbei hatte Spanien zuletzt bemerkenswerte Erfolge erzielt, insbesondere durch die Mitwirkung Frankreichs bei der Strafverfolgung im französischen Teil des Bas-

kenlandes, das die ETA lange als Rückzugsgebiet nutzen konnte. Seit 1999 sind fast 1000 ETA-Aktivisten festgenommen worden, was die Organisation erheblich geschwächt hat.

Bessere Rahmenbedingungen für einen Friedensprozess

Trotz dieser Bedenken verspricht die politische Gesamtlage heute mehr Erfolg für einen Friedensprozess:

- ▶ Mit der Aufnahme von Verhandlungen über die Autonomiestatute, dem Abschluss der Verhandlungen zum Statut Valencias und dem gerade im spanischen Parlament verabschiedeten reformierten Statut für Katalonien ist eine neue Dynamik entstanden, im Zuge deren auch die Autonomie des Baskenlands neu bestimmt werden kann. Spanien akzentuiert derzeit seinen asymmetrischen Föderalismus, der durch unterschiedlich verteilte Kompetenzen zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Regionen geprägt ist und den großen Ungleichgewichten zwischen reichen und armen Regionen Rechnung trägt.
- ▶ Die ETA hat sich bereit gezeigt, Teilabkommen mit politisch nahe stehenden Parteien abzuschließen, die eine Aussetzung des bewaffneten Kampfes beinhalten. Zu Beginn des Jahres 2004 zum Beispiel gelang es der Regionalregierung Kataloniens mit der ETA eine Vereinbarung zu erzielen, der zufolge die Terrororganisation in dieser Region auf Anschläge zu verzichten versprach. Die ETA hielt ihre Zusage ein und ließ damit ihre partielle Bereitschaft erkennen, neue politische Rahmenbedingungen anzuerkennen.
- ▶ Die Terroranschläge vom 11. März 2004 in Madrid, die die damalige konservative Regierung von José María Aznar der ETA zuschreiben wollte, haben dieser nicht nur den Wahlsieg bei den drei Tage später durchgeführten Neuwahlen gekostet, sondern es auch der ETA mit einem Schlage enorm erschwert, zur Durchset-

zung ihrer Ziele auf das Instrument der Bombenanschläge zurückzugreifen. Wollte sie ihr eigenes Profil bewahren, so musste sie andere Formen des politischen Kampfes finden. Zudem hat sich die Unterstützung für Gewaltakte im Kreise der nicht-militanten Anhängerschaft der ETA deutlich verringert. Aus diesen Gründen beschränkte sich die Terrororganisation seitdem auf Anschläge, die zu keinen Personenschäden führten.

- ▶ Schließlich verfügt die sozialistische Partei unter Ministerpräsident Zapatero durch die von ihr geführten Regionalregierungen in Katalonien und Galizien sowie eine starke Präsenz von 43 Prozent der Wählerstimmen im baskischen Regionalparlament über ein hohes Maß an Einfluss auf die verschiedenen Autonomieverhandlungen, auch wenn sich die Beziehung der regionalen Parteigliederungen zur zentralen PSOE-Führung – wie im Falle der katalanischen Sozialisten – oftmals nicht unkompliziert gestaltet.

Friedensprozess und Verhandlungslogik

Im Lauf der 38 Jahre ihrer Existenz kamen durch Aktionen der ETA 851 Menschen ums Leben, 84 wurden entführt. Kein Teil Spaniens blieb von ihren Anschlägen verschont. Ihr Ziel, die Selbstbestimmung des baskischen Volkes, verfolgte die ETA nicht nur mit terroristischen Mitteln, sie griff dazu auch auf eher der Mafia zuzurechnende Methoden zurück und erpresste zum Beispiel Schutzgeld bei Wirtschaftsbetrieben im Baskenland. Ab Mai 2004 beschränkte sich die Organisation auf Bombenanschläge ohne Personenschaden. Dass die ETA mehr und mehr in die Defensive geriet, dazu hatte zuvor schon der im Jahre 2000 zwischen den beiden Großparteien des Landes (Partido Popular und PSOE) geschlossene Antiterrorismuspakt beigetragen, der eine gemeinsame Front der demokratischen Parteien, der Opferverbände, der Kirche, der Gewerkschaften und der Medien

begründete. Auch der Handlungsspielraum des politischen Arms der ETA, der Partei Batasuna, reduzierte sich nach deren Verbot im März 2003 erheblich. Batasuna hatte bei den letzten Regionalwahlen, an denen sie teilnehmen durfte, 15 Prozent der Stimmen erlangt. Als Gesprächspartner der Regierung in einem Friedensprozess ist die Partei unverzichtbar, solange die ETA nicht kategorisch der Gewalt entsagt hat. Insofern wird die erneute Zulassung der Partei oder ihre Neugründung unter einem anderen Namen einer der ersten Punkte auf der Verhandlungsagenda sein. In dieser Frage steht die Regierung auch unter besonderem Zeitdruck, da im kommenden Jahr im Baskenland Gemeindewahlen anstehen. Die ETA und die Wortführer von Batasuna verlangen hier ein schnelles Zugeständnis seitens der Regierung.

Allerdings möchte die Regierung die Gespräche mit der ETA mit großer Sorgfalt vorbereiten, insbesondere erwartet sie eine Beachtung der Maßgaben der Waffenstillstandserklärung. Hierzu gehört auch, dass die ETA die Eintreibung der sogenannten »Revolutionssteuer« bei Betrieben im Baskenland unterlässt, mit der sie gerade in den vergangenen Monaten Unternehmen und Gewerbetreibende in der Region massiv unter Druck gesetzt hat. Diese Erpressung von Geldern war vielfach als Hinweis darauf interpretiert worden, dass sich die ETA noch vor einer Waffenstillstandserklärung ein »finanzielles Polster« zulegen wolle. Vor diesem Hintergrund wird die Regierung das Verhalten der Terrororganisation in den kommenden Monaten besonders daraufhin beobachten, ob es der Gruppe mit ihrem Interesse an einem »demokratischen Prozess des Friedens« ernst ist. Die Ankündigung vom 22. März ist gleichzeitig ein Test dafür, inwieweit die ETA-Führung ihre eigene Organisation zu kontrollieren vermag bzw. inwieweit sich einzelne Gruppen verselbständigt haben.

Kommt es zu Verhandlungen, so steht die Regierung vor einer großen Herausforderung, wie sich an einer Gegenüberstel-

lung der Forderungen der ETA und den Interessen Madrids erkennen lässt:

- ▶ **Territoriale Reichweite einer Friedensregelung:** Der Gestaltungsanspruch der ETA bezieht sich nicht nur auf die drei baskischen Provinzen, sondern auch auf die benachbarten Gebiete des alten Königreichs Navarra sowie auf die französischen Pyrenäen-Departements mit baskischem Bevölkerungsanteil. Könnte sich die ETA damit durchsetzen, würde der Friedensprozess zu einer das spanische Territorium überschreitenden Aufgabe, in die auch die Regierung Frankreichs involviert werden müsste.
- ▶ **Format des doppelten Dialogs:** Batasuna hat durch ihren Sprecher Arnaldo Otegi im November 2004 ein Verhandlungsmodell vorgeschlagen, das wohl mit der ETA abgesprochen sein dürfte: Demnach sollen die Verhandlungen parallel an zwei Tischen geführt werden, um den Dialog zwischen den Parteien und politischen Kräften des Baskenlands und der Regierung auf der einen Seite von dem zweiseitigen Austausch zwischen der ETA und der Regierung auf der anderen zu trennen. Die erste Verhandlungsrunde soll die Parteien des Baskenlands zusammenführen, um über die Ausarbeitung eines neuen Autonomiestatuts zu beraten. Damit wird unmittelbar die Frage nach der Beteiligung der verbotenen Batasuna-Partei aufgeworfen. Die zweite Verhandlungsrunde soll zwischen der ETA und der Regierung Zapatero stattfinden und sich ausschließlich um die Zukunft der Terrororganisation drehen. Die Ergebnisse beider Runden sollen dann zusammengeführt und in einem Referendum im Baskenland zur Abstimmung gestellt werden. Allerdings kann gerade dieses Verfahren des doppelten Dialogs zu Blockadekonstellationen führen, indem im Rahmen der einen Verhandlungsrunde Junktims konstruiert werden, die Vereinbarungen des jeweils anderen Dialogprozesses betreffen und diese zur Vorbedingung für

weitere Schritte innerhalb der eigenen Agenda machen.

- **Thematische Reichweite:** Gegenstand der Verhandlungen wird auch die Zukunft der ETA als Organisation sein: Geklärt werden müssen Fragen von der Entwaffnung bis zur Auflösung, von der Rückführung von Exilierten und Flüchtigen bis zur Reintegration der Führungspersonen und der Zusammenlegung oder Begnadigung von verurteilten Straftätern. Offen ist auch, wie die noch nicht verurteilten oder noch nicht angeklagten bzw. in Untersuchungshaft sitzenden ETA-Kämpfer behandelt werden, die sich eine unmittelbare Erleichterung ihrer Situation erwarten. In dieser Frage steht die Regierung jedoch unter starkem innenpolitischem Druck von Seiten der Opposition und der Opferverbände, die Vorleistungen seitens des Staates strikt ablehnen.

Regierung und Opposition vor einer Phase der Zusammenarbeit?

Eine erhebliche Belastung für den jetzt beginnenden Verhandlungsprozess stellt die politische Polarisierung dar, die Spanien seit dem Regierungswechsel im März 2004 durchzieht. Um die Unterstützung des oppositionellen Partido Popular für den Dialog mit der ETA zu gewinnen, hat Regierungschef Zapatero Ende März ein erstes Gespräch mit Oppositionsführer Mariano Rajoy geführt. Beide werden – so die gemeinsame Erklärung – im Verhandlungsprozess engen Kontakt halten, um die Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien sicherzustellen. Dass die bevorstehenden Monate dafür eine starke Belastungsprobe sein werden, dürfte allen Beteiligten klar sein. Dies gilt vor allem in Bezug auf die hoch umstrittene Frage, ob der Friede einen »politischen Preis« im Sinne politischer Zugeständnisse in der Autonomiefrage oder bei der Verbüßung von Haftstrafen von ETA-Angehörigen haben darf. Dieser Punkt mobilisiert insbesondere die auch parteipolitisch gespaltenen Verbände der Opfer

des Terrorismus, die solchen Gegenleistungen mehrheitlich ablehnend gegenüberstehen. Den größeren Einfluss auf die Opferverbände besitzt die Oppositionspartei PP, so dass ihre Beteiligung an den Verhandlungen unerlässlich sein wird, wenn nicht die spanische Gesellschaft noch tiefer gespalten werden soll. Eine Verhandlungsführung gegen den Widerstand dieser Verbände würde für die Regierung mit hohen politischen Kosten verbunden sein.

Allerdings könnte gerade der jetzt beginnende Prozess dazu beitragen, dass sich die beiden Parteien einander annähern und die seit dem sozialistischen Wahlsieg vom 14. März 2004 zu beobachtende Polarisierung beenden. Der öffentliche Druck auf die Parteien, diese historische Chance zu nutzen und ihre Kraft gemeinsam auf die Lösung dieses langjährigen Konflikts zu konzentrieren, ist hoch. Die Lage der Opposition ist dabei naturgemäß viel schwieriger: Ihr zentrales politisches Thema in der Auseinandersetzung mit der Regierung war der Kampf gegen den Terrorismus, bei dem sie dem Ministerpräsidenten »Laschheit«, »undurchsichtiges Handeln« und »vorzeitige Zugeständnisse« vorwarf. Mit dieser Strategie war die Opposition bei der Bevölkerung sehr erfolgreich. Nunmehr gerät der Oppositionsführer in die Situation, sich einem Verhandlungsprozess zumindest mittelbar stellen zu müssen, der für die eigene Basis voraussichtlich mit großen Zumutungen verbunden ist. Nicht leichter wird Rajoy's Position auch durch das unverändert große politische Gewicht, das der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar in seiner Partei besitzt und das sich unter anderem auf die Politik der »harten Hand« gegenüber der ETA gründet, mit der sich Aznar während seiner Amtszeit profiliert hat.

Andererseits könnte gerade die aktuelle Phase beginnender Verhandlungen für den neuen PP-Vorsitzenden auch eine Gelegenheit bieten, aus dem Schatten seines Vorgängers hervorzutreten und eigenes Profil zu gewinnen. Dies müsste auch mit einer unabhängigeren Linie in der Frage der zu-

künftigen Gestaltung der Autonomiepolitik einhergehen, bei der sich die Oppositionspartei stets als Verteidiger der Einheit der spanischen Nation begreift. Hier kollidieren ein unitarisches und ein föderales Verständnis Spaniens. Die Monarchie als zentraler Identifikationspunkt Spaniens wird von diesen Divergenzen zwischen Regierung und Opposition nicht in Zweifel gezogen. Der Streit entzündet sich vielmehr am relativen Gewicht der 17 autonomen Regionen gegenüber der Regierung in Madrid. Insbesondere die sogenannten »historischen« autonomen Gemeinschaften des Nordens treten mit teilweise so weitgehenden Autonomieforderungen an die Zentralregierung heran, dass damit auch Fragen der Effektivität des Regierungshandelns und der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse berührt werden: Neben dem Baskenland gilt dies für Katalonien, Galizien, aber auch für die Balearen und die Kanaren. Natürlich spielt bei den Autonomieverhandlungen auch das wirtschaftliche Gewicht der Regionen eine wichtige Rolle. Im Baskenland und in Katalonien werden 5,8 bzw. 18 Prozent des spanischen BIP erwirtschaftet, gleichzeitig weisen beide Regionen mit jeweils 27,5 Prozent Anteil des industriellen Sektors an der Produktion mit die höchsten Industrialisierungsquoten in Spanien auf, was zumindest in Katalonien zu einem im nationalen Vergleich hohen Lohnniveau und zu Zuwanderung aus anderen Regionen des Landes geführt hat.

Die Anerkennung Kataloniens als »Nation« in der gerade vom spanischen Parlament verabschiedeten Neufassung des Autonomiestatuts ging der Ankündigung des Waffenstillstands der ETA unmittelbar voraus und dürfte damit auch ein Muster für die Verhandlungen im Baskenland darstellen. Die Opposition sieht durch diese Entwicklung die Verfassung von 1978 in Frage gestellt. Die Regierung Zapatero verfolgt die Reform der Autonomiestatute dagegen in der Auffassung, dass der Verfassungskompromiss nach 25 Jahren den aktuellen Bedürfnissen anzupassen ist und eine Erweiterung von Kompetenzen der Ge-

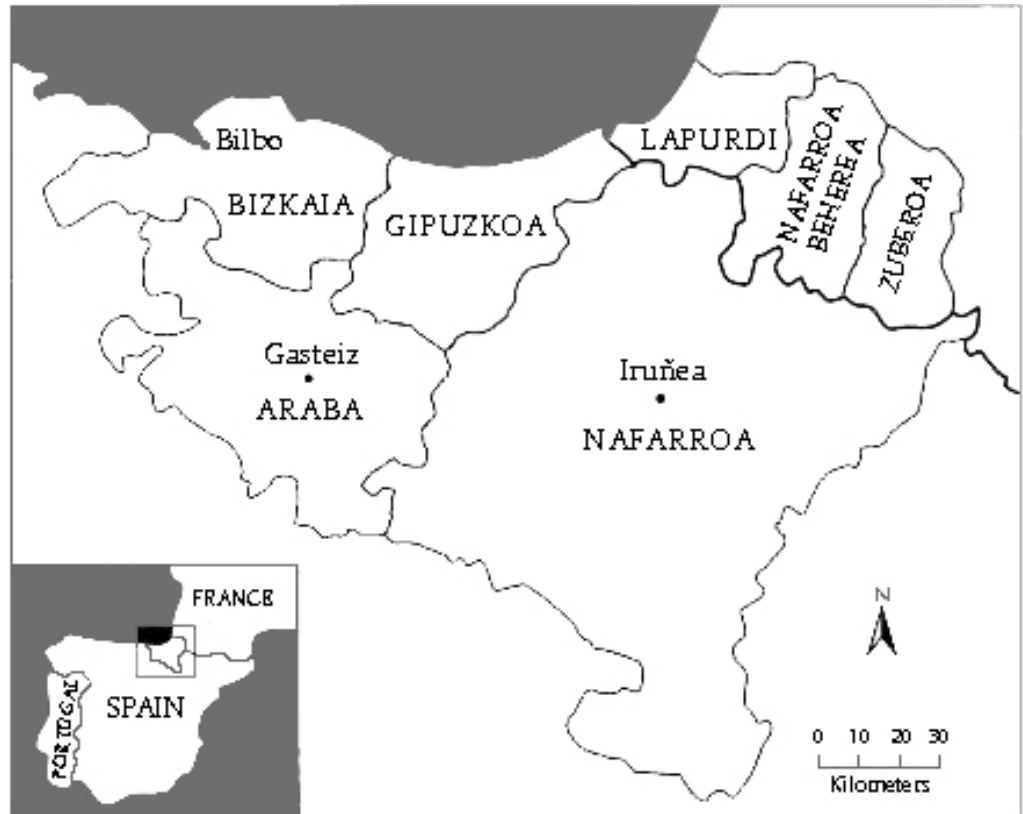
bietskörperschaften davon nicht ausgeschlossen werden kann. Umfragen zufolge kann die Opposition bei ihrer Ablehnung auf die mehrheitliche Unterstützung der spanischen Bevölkerung zählen, in der das ökonomische Übergewicht vor allem Kataloniens und seine Autonomieansprüche traditionell nicht goutiert werden.

Auch was die prozedurale Seite der Verhandlungen anbelangt, liegen die Positionen von Regierung und Opposition auseinander: Für die Konservativen sind Verhandlungen mit der ETA an drei Vorbedingungen gebunden, denen die Regierung so nicht folgt: erstens Auflösung der ETA, zweitens Schuldeingeständnis und drittens Bitte um Verzeihung bei den Opfern des Terrorismus. Für die Regierung steht demgegenüber der Gewaltverzicht, die anschließende Entwaffnung und die Eingliederung der ETA-Mitglieder in das zivile Leben im Vordergrund, eine Abfolge, die sie in den Verhandlungen versuchen wird durchzusetzen. Die entscheidende Differenz besteht in der Frage, ob die Auflösung der ETA eine Vorbedingung von Verhandlungen sein soll, und darüber hinaus, ob die ETA grundsätzlich auch als politische Organisation fortbestehen darf. Dieser zentrale Punkt ist auch nach dem Treffen von Regierungschef Zapatero und Oppositionsführer Rajoy offen, das ohnehin eher der Vertrauensbildung gedient zu haben scheint. Ob damit eine hinreichend belastbare Grundlage geschaffen wurde, werden erst die weiteren Phasen im Verhandlungsprozess erweisen.

Das Baskenland: Spanien und Frankreich

Die in der Erklärung der ETA geforderte Verhandlungslösung für das gesamte Baskenland entspricht der grenzüberschreitenden Dimension des Baskenproblems (vgl. Karte, S. 6). In Frankreich zeigt es sich aber weit weniger zugespitzt: Die Basken in den Départements Landes und Pyrénées-Atlantiques verlangen zwar eine territoriale Neugliederung im Sinne einer Verschmel-

Karte
Baskenland



Quelle: <www.hotpeachpages.net/europe/basquemap.html>.

zung dieser beiden Verwaltungsbezirke, sie tragen ihre Forderungen aber nicht mit großer Militanz vor. In den französischen Gebieten ist die Organisation Abartzaleen Batasuna (AB) aktiv, die ein grenzüberschreitendes Referendum über die Zukunft des Baskenlandes fordert. Indes zeigt die französische Regierung wenig Neigung, sich in dreiseitige Verhandlungen mit der ETA und der spanischen Regierung über die Zukunft des Baskenlands zu begeben. Vielmehr hat sie immer wieder ihre Unterstützung für eine innerspanische Lösung zum Ausdruck gebracht. Die inzwischen als Partei konstituierte AB konnte bei den Regionalwahlen im französischen Baskenland 8 Prozent der Wählerstimmen erringen und ist damit in den entsprechenden Provinzparlamenten vertreten. Insoweit verfügt die französische Seite über einen legitimierten, anerkannten und in die

politischen Strukturen eingebundenen Gesprächspartner. Daher wird die ETA auch keine Sprecherrolle für die Basken in Frankreich für sich in Anspruch nehmen können.

Das Interesse der ETA bezieht sich wohl auch weniger auf eine politische Lösung des »Baskenproblems« in Frankreich als auf die Behandlung dort inhaftierter Gesinnungsgenossen. Gegenwärtig befinden sich 160 Personen (bislang meist ohne Anklage) in französischen Gefängnissen, die einer Zusammenarbeit mit der ETA verdächtig sind. Einer Freilassung dieses Personenkreises, dem auch führende Köpfe der ETA zuzurechnen sind, dürfte die Baskenorganisation hohe Priorität zumessen.

Als logistisches Rückzugsgebiet war das Nachbarland für die ETA durch die polizeiliche Zusammenarbeit Frankreichs und Spaniens schon seit längerem immer weniger nutzbar. Mit dem gemeinsamen Vor-

gehen beider Länder hatte sich der Druck auf die Terroristen erheblich erhöht, so dass auch deren Beschaffungsaktivitäten (Sprengstoff, Waffen, Finanzmittel) in Frankreich auf immer größere Schwierigkeiten stießen.

Zwar mag es im Interesse der ETA liegen, den Friedensprozess – wie im Fall der IRA durch die Beteiligung Irlands – über die Einbeziehung Frankreichs zusätzlich abzusichern, die Bereitschaft in Paris, sich auf diesen Weg zu begeben, ist allerdings wie schon erwähnt sehr gering. Ein Großbaskenland wird es sicherlich nicht geben, das hat Paris deutlich gemacht. Premierminister de Villepin hat erklärt, dass die Lösung nach Ansicht Frankreichs im Bereich der spanischen Souveränität liege. Insofern dürfte sich die Einbeziehung Frankreichs auf die mögliche Freilassung inhaftierter ETA-Mitglieder im Rahmen einer umfassenden Friedenslösung beschränken.

Der nordirische Friedensprozess als Vorbild

Sowohl die ETA als auch die spanische Regierung sehen in dem bevorstehenden Verhandlungsprozess Analogien zum Prozess der Demobilisierung der IRA. Ehemalige IRA-Kämpfer sollen sogar als Unterhändler für die ETA den Kontakt zur spanischen Regierung mit aufgebaut haben. Sie sind dabei zu dem Schluss gekommen, dass im Gegensatz zur IRA in der ETA keine Abspaltungen zu erwarten seien, die einen Friedensprozess beeinträchtigen könnten.

Trotz möglicher Parallelen sind aber auch Unterschiede zu erkennen: Obwohl in Nordirland ein Ende der terroristischen Anschläge erreicht wurde, ist die Autonomieregierung nach wie vor suspendiert. Insofern kann der Friedensprozess bislang nicht als abgeschlossen gelten. Dass die IRA nach der Ablieferung ihrer Waffen in mafiösen Strukturen fortbesteht, wird in Spanien als nicht akzeptables Muster für die Zukunft der ETA verstanden. Schließlich wurde der ETA-Terrorismus im Baskenland nicht mit gleichartigen Gewaltakten

anderer Organisationen beantwortet; vielmehr haben die baskische und spanische Gesellschaft mit ihren friedensorientierten Aktionen immer wieder einen deutlichen Kontrapunkt zur Gewaltanwendung der ETA gesetzt. Die jüngste Festnahme des Sprechers der Batasuna-Partei Arnaldo Otegi wegen des Aufrufs zu gewalttätigen Aktionen und seine darauf folgende Freilassung nach Zahlung einer Kaution von 400 000 Euro werden vor dem Hintergrund der nordirischen Erfahrungen als schwere Belastung für den Auftakt von Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und der ETA bewertet. In Nordirland hätte nach Ansicht mancher Beobachter eine solche Maßnahme, die der Inhaftierung des Sinn-Fein-Führers Gerry Adams entsprechen hätte, das vorläufige Ende der Verhandlungen bedeutet. Als entscheidend für den Friedensprozess in Nordirland erwies sich die Beteiligung eines internationalen Vermittlers in Gestalt des ehemaligen US-Senators George Mitchell. Ihm ist die Annahme des Karfreitag-Abkommens 1998 zu verdanken, das eine zentrale Vorbedingung für die Erklärung der IRA vom Juli 2005 darstellte, den bewaffneten Kampf zu beenden und sich einem Prozess der Entwaffnung zu unterwerfen.

Der britische Regierungschef Tony Blair hat seinem spanischen Amtskollegen denn auch zur Einschaltung einer Vermittlungsperson oder -instanz geraten. Dies erscheint aus heutiger Sicht jedoch sehr schwierig: Zum einen ist durch das Kommuniqué der ETA mit Frankreich eine zweite europäische Nation angesprochen, die eine solche Vermittlungsrolle aufgrund der eigenen zentralistischen Tradition und anderer schwelender Autonomiebestrebungen (z.B. in Korsika) kaum wird annehmen wollen. Zum anderen wird sich eine Lösung sicherlich vor allem im Institutionengeflecht der spanischen Autonomieregelungen ergeben müssen, was eher für die Eignung inner-spanischer Akteure für eine solche Aufgabe spricht. Zwar haben die Bischöfe der katholischen Kirche des Baskenlands die Waffenstillstandserklärung der ETA in deutlicher

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Absetzung vom Kardinal von Madrid Antonio María Rouco Varela begrüßt; doch dass die kirchlichen Würdenträger eine allseits anerkannte Vermittlerrolle übernehmen könnten, erscheint gegenwärtig angesichts ihrer Verstrickung in die politische Polarisierung Spaniens eher unwahrscheinlich. Zudem wird der Klerus in den Autonomieregionen aus historischen Gründen noch immer verdächtigt, die Baskenbewegung zu unterstützen. Daher ist schwer vorstellbar, welche nationale Instanz eine Vermittlerrolle übernehmen könnte, möglicherweise erübrigt die Struktur des doppelten Dialogs auch die explizite Ausweisung einer solchen Aufgabe. Ohnedies ist davon auszugehen, dass diese Option erst gezogen wird, wenn die Verhandlungen an einen toten Punkt geraten sollten.

Nächste Schritte

Regierungschef Zapatero hat angekündigt, er wolle zunächst beobachten, ob sich die ETA an ihre Ankündigungen zur Beendigung des bewaffneten Kampfes und ihrer Einschüchterungspraktiken (etwa durch Erpressung der »Revolutionsteuer«) hält. Noch vor der Sommerpause wolle er sich dann im Parlament ein Mandat für direkte Verhandlungen mit den Terroristen besorgen. Ob er dabei auf das Votum der Opposition zählen kann, muss gegenwärtig offen bleiben. Trotz des ersten Gesprächs scheint die Kluft zwischen den beiden großen Parteien noch immer beträchtlich zu sein. Auch ob sich Oppositionsführer Rajoy dazu entschließt, mit größerer Unabhängigkeit gegenüber den Gefolgsleuten des ehemaligen Regierungschefs Aznar in seiner Partei zu agieren, ist derzeit noch unsicher. Die Übereinkunft, ein Treffen des Paktes gegen Terrorismus einzuberufen, kann als ein Signal an die spanische Gesellschaft verstanden werden, dass Regierung und Opposition zusammenwirken wollen. Allerdings wird die Versuchung weiterhin groß sein, bei einem Stocken der Verhandlungen einen kurzfristigen politischen Wettbewerbsvorteil auf Kosten des gemein-

samen Handelns zu erzielen. Denn so weit sind die nächsten Parlamentswahlen, die im Jahr 2008 anstehen, aber gegebenenfalls auch vorgezogen werden könnten, nicht entfernt. Gerade für den Regierungschef könnte diese Versuchung sehr groß werden, wenn er die Chance sieht, durch einen wachsenden Rückhalt in der Bevölkerung größeres Gewicht für sein Handeln gegenüber einer bremsenden Opposition zu erlangen. Obwohl diese Option bislang von allen Sprechern ausgeschlossen wurde, könnte sie aus der tagespolitischen Konjunktur heraus durchaus noch Bedeutung erlangen. Mit einer unerwarteten Kabinetts-umbildung und der Berufung von engen politischen Vertrauten auf die Posten des Innen- und Verteidigungsministers hat Ministerpräsident Zapatero seine Regierung am 7. April für die Verhandlungen mit der ETA neu aufgestellt

Das Wiederaufflammen der Polarisierung zwischen den beiden Großparteien Spaniens zu verhindern, sollte nicht zuletzt eine Aufgabe der europäischen Partner und der europäischen Parteienbündnisse sein, die den Verhandlungsprozess begleiten und unterstützen sollten. PSOE und PP sollten in ihren jeweiligen Parteifamilien im europäischen Kontext auf einen gemeinsamen Ansatz eingeschworen werden, damit sie nicht kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen auf Kosten der historischen Aufgabe nachgeben. Wie schon bei den bisherigen Kontakten zwischen der ETA und Mittelsmännern der spanischen Regierung sollte Deutschland auch weiterhin dabei helfen, den Friedensprozess voranzubringen. Das weit gefächerte Umfeld der ETA in Europa wird den Dialog in Spanien aufmerksam beobachten und ist in dieser Hinsicht ein nicht unbedeutender Resonanzraum für die Gespräche vor Ort. Diese Dynamik kann von Deutschland in europäischer Verantwortung begleitet werden. Nicht nur Spanien, sondern auch Europa muss die Chance nutzen, bei dem bevorstehenden Friedensprozess seine Handlungsfähigkeit gegenüber terroristischen Organisationen zu demonstrieren.